



BERLINER REPUBLIK

# Ist die SPD noch zu ret- ten?

Illustrationen  
MARIE  
WOLF

Von  
NORBERT  
SEITZ

Die Kanzlerpartei traut ihrem eigenen Kanzler nicht. Den Draht zu ihren Wählern hat die SPD verloren. Was die krisengeschüttelte Sozialdemokratie jetzt muss.



**D**rei große Namen tauchten bei der Vorstellung des neuen SPD-Generalsekretärs im Willy-Brandt-Haus auf. Ein Ex-Kanzler, ein verhandelter Kanzler – und später auch noch der amtierende Regierungschef. Als Unterbezirksvorsitzender habe er satzungsgemäß Gerhard Schröder für seine 60-jährige Mitgliedschaft in der Partei geehrt, erklärt Matthias Miersch. Er lehne dessen Haltung zu Putin ab, aber man müsse durchaus auch über Schröders Verdienste reden dürfen. Ist das schon eine vorsichtige Relativierung der bislang ausgerufenen maximalen Distanz?

Außerdem plauderte der neue Generalsekretär Miersch, der auch Sprecher der Parlamentarischen Linken und neuer Wahlkampfmanager der SPD ist, über den ehemaligen Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel. Der wiederum wurde von Miersch und anderen dereinst als Kanzlerkandidat verhindert. Er habe Gabriel mehr Klimaschutz beigebracht, erzählt er, denn „mit der Natur kann man nicht verhandeln“. Schließlich war bei der Pressekonferenz auf Nachfrage auch noch von Olaf Scholz die Rede. Der amtierende Kanzler könne sich zu 100 Prozent auf ihn verlassen, sagt Miersch, aber er werde gegenüber ihm „nicht zum Ja-Sager“, Diskussion sei weiterhin nötig.

Im Umgang mit den drei Personalien zeigt sich das ganze Dilemma der SPD. Sie steht nicht zu ihrem aktuellen Kanzler, sie hat Probleme mit ihrem Ex-Kanzler und potenzielle Kanzler bekämpft sie gerne. Die SPD hat schon lange einen gewissen Machtinstinkt verloren. Sie ist im Inneren zerrütet. Sie weiß nicht mehr, wo sie inhaltlich steht, noch wie sie mit ihrer aktuellen Rolle umgehen soll.

## **Der kontinuierliche Abwärtstrend der SPD ist nur schwer zu stoppen**

Wie sehr die aktuelle Kanzlerpartei an ihrem Kanzler leidet, war in Brandenburg zu beobachten. Dort konnte der amtierende Ministerpräsident, der pragmatische Dietmar Woidke, nur mit maximaler Distanzierung zu Olaf Scholz die Aufholjagd gewinnen und knapp als stärkste Fraktion in den neuen Potsdamer Landtag einlaufen. Um den bitteren Preis, nun mit den Linkspopulisten von Sahra Wagenknecht reden zu müssen.

Trotz Dietmar Woidkes Befreiungsschlag vor Ort kann von einem spürbaren Auftrieb in den eigenen Reihen oder gar einem Stimmungsumschwung in der Bevölkerung noch keine Rede sein. Wenn Genossen den Sieg Woidkes parteiintern auf eine erfolgreiche Schlacht im Kampf „gegen rechts“ reduzieren, unterschlagen sie dabei, dass dies nur dank einer positiven Landesbilanz möglich war – die Wirtschaft dort stärker als anderswo wächst, Arbeitslosenzahl und Durchschnittslohn günstiger sind als in den anderen neuen Bundesländern. Von der Zustimmung für den Wahlsieger von Potsdam kann der Kanzler in Berlin nur träumen. 52 Prozent hätten die SPD ohne Woidke nicht gewählt. Dennoch versucht die Partei in ihrer Not, den „Zockersieg“ des Brandenburger Regenten als Vollbremsung des Negativtrends zu überhöhen.

Im Willy-Brandt-Haus war man indes schon froh, mit mickrigen 6 und 8 Prozent in Thüringen und Sachsen nicht unter die Fünf-Prozent-Hürde geraten zu sein. Aber auch knapp darüber stellt sich die Frage: Wie will die SPD mit und nach der Ampel überleben? Dass die Partei nach der Schlappe bei den Europawahlen und dem darauffolgenden ostdeutschen Inferno von Sachsen und Thüringen mit Woidke den Negativtrend gestoppt haben könnte, werden nur die kühnsten Optimisten zu hoffen wagen. Denn die SPD wird unabhängig von der Potsdamer Eintagsfliege für die Fehler der Ampel gnadenlos abgestraft. Stichworte: Bürgergeld, illegale Einwanderung, Energiekosten, den unkommunikativen Führungsstil ihres Kanzlers und die nicht enden wollenden Querelen in der Koalition.

Der wortkarge Kanzler gilt beim Volk unwiederbringlich als „unten durch“, wie es in diesen Tagen aus der verzweiferten Bundestagsfraktion wieder mal zu hören ist. Eine vorzeitige Ablösung durch Boris Pistorius, den populären Spitzenreiter in der Ministerriege, dürfte aber im Willy-Brandt-Haus nicht mehr auf die Tagesordnung geraten, da bis zur Bundestagswahl auf Landesebene nur noch das Hamburger Bürgerschaftsvotum ansteht.

Der kontinuierliche Abwärtstrend der Sozialdemokratie wird nur schwer zu stoppen sein, wenn man sich die Struktur der Wählerschaft anschaut.



NEUE ILLU MIT  
BESCHNITZZUGABE  
KOMMT MI FRÜH



Von zentraler Bedeutung für den dramatischen Rückgang der einstigen Volkspartei ist „die natürliche Mortalität. Die SPD hat prospektiv ein großes Problem, weil ihnen die Leute wegsterben“, konstatiert Wahlforscher Aiko Wagner: „Bei den Rentnerinnen und Rentnern ist die Partei doppelt so stark wie bei den Erwerbstätigen.“

Nur bei den Über-60-Jährigen und im eng gewerkschaftlich eingebundenen Facharbeitermilieu ist noch ein Hauch von Stammwählerschaft zu verspüren. Ein wesentlicher Punkt dabei: die massive Attraktivitätseinbuße bei jüngeren Leuten. „Die SPD verzeichnet kaum noch Eintritte. Die jüngeren Kohorten treten entweder gar nicht den Parteien bei oder heuern bei den anderen Parteien an, die sich nicht selbst als Volksparteien bezeichnen“, erläutert Aiko Wagner.

Ist die Sozialdemokratie eine absterbende Formation, auf dem Weg zu einer Splitterpartei, die nur noch als gerupfte Mehrheitsbeschafferin benötigt wird und bestenfalls in Kommunen über gestandene Persönlichkeiten auf Bürgermeisterposten wählbar ist? Der Parteienforscher Uwe Jun von der Universität Trier prophezeit der „guten, alten Tante“ eine düstere nahe Zukunft: „Die Negativserie geht ja schon seit 2005. Es kann auch noch weiter bergab gehen. Die Partei hat ihren Tiefpunkt noch lange nicht erreicht. Der Erfolg von Scholz war nur der Ausreißer einer langen Abwärtsspirale.“ In Zahlen: Die Partei sank zwischen den Wahlsiegen von 1998 und 2021 von 40,9 auf 25,7 Prozent, dazwischen lag sie bereits darunter bei 20,5 Prozent (2017) und aktuell bundesweit bei 13 Prozent – vor den Wahlen im Osten. Mitglieder: 365 000.

**ES IST NICHT DAS ERSTE MAL**, dass der ältesten deutschen Partei ein historisch dimensionierter Abstieg prophezeit wurde. Viel künstliche Aufregung entstand beispielsweise, als Ralf Dahrendorf 1982 kurz vor dem Kanzlersturz Helmut Schmidts im *Merkur* seine These vom „Ende der sozialdemokratischen Epoche“ ausführte. Dabei hatte der liberale Sohn eines sozialdemokratischen Widerstandskämpfers nicht der SPD als traditionsreicher Organisation den soziologischen Totenschein ausstellen wollen, sondern deren falscher Erwartung an eine schier unabschließbare Ausbaufähigkeit des Sozialstaats – „einem Fass ohne Boden“. Außerdem widersprach Dahrendorf dem unverbrüchlichen Glauben an die Effizienz einer keynesianischen Beschäftigungs- und Umverteilungspolitik.

Sogleich schnappten die beiden SPD-Vordenker Peter Glotz und Erhard Eppler Dahrendorfs These auf, um dagegenzuhalten und ihrer Partei

## Die SPD wurstelte sich zu bequem durch die Merkel-Zeit

widerstreitende neue Botschaften mit auf den Weg zu geben. Der Wertkonservative Eppler kämpfte entlang der Meadows-Studie von den „Grenzen des Wachstums“ für eine sozialökologische Erneuerung, während Fortschrittsgeist Glotz mit seinem „Manifest für eine neue europäische Linke“ seiner zukunftskeptisch gewordenen Partei eine „emanzipatorische Nutzung der Modernisierung“ verschreiben wollte. Der beharrliche Schwabe Eppler brachte seinen Denkansatz im Berliner Programm von 1989 unter, das mit seiner sozialökologischen Dritte-Welt-Botschaft freilich rasch in Vergessenheit geraten sollte, als es nur wenige Tage nach dem weltbewegenden Mauerfall verabschiedet wurde, an dem die Partei mit ihrer entspannungsdogmatischen Status-quo-Fixiertheit nur halbherzig Anteil nehmen sollte.

Doch die Partei kam wieder, als der „Kanzler der Einheit“ nicht gehen wollte. Ende der 1990er Jahre kündigte Gerhard Schröder unter der Parole „Innovation und Gerechtigkeit“ einen Reformkurs an, der mehr versprach, als nur mit Schild und Schwert den Verfassungsrang des Sozialstaats zu verteidigen. Auch wurde das programmatische Label von der „Neuen Mitte“ wiederentdeckt, obwohl dies schon zu Willy Brandts bester Zeit Anfang der 1970er Jahre von allzu euphorisch gestimmten Sozialismus-Semantikern durchgereicht worden war. Hinzukam das Blair-Schröder-Papier vom „Dritten Weg“ aus der New-Labour-Denkstube, das aber die Grundwertekommission beim Parteivorstand unter Wolfgang Thierse als allzu neoliberal anmutende Neuorientierung verwarf.

Nach Schröder gab sich die Partei 2007 in Hamburg ein neues Programm, von dem nur der Machtkampf zwischen Parteichef Beck und Vizekanzler Müntefering um eine Abschwächung der

Agenda 2010 und die Tränen der Generalsekretärin Nahles über die Beibehaltung des Sozialismus-Begriffs in Erinnerung geblieben sind.

Die SPD wurstelte sich durch die Merkel-Zeit, mit einer schrittweisen Abkehr vom sozialpolitischen „Sündenfall“ der Agenda 2010, pflegte ihre katastrophal endenden Moskau-Connections, die sie noch immer als Fortsetzung ihrer ikonisierten Entspannungspolitik von Brandt und Bahr glaubte verteidigen zu können. Und auf ihren Parteitag brachte sie vor allem die tibetanische Gebetsmühle zum Dröhnen: „Mit uns kein Sozialabbau!“ Verstärkt wurde der nach Schröder einsetzende Rückgang in der Wählerschaft durch eine stark mittig orientierte Langzeitkanzlerin und die fehlende Geschlossenheit in den eigenen Reihen.

Zunächst sah es noch so aus, als würde Springinsfeld Kevin Kühnert seiner bräsigen Partei neues Leben einhauchen können. Doch die altlinken Inhalte und mausgrauen Personen, auf die er dabei an der Parteispitze setzte, lockten vor allem jüngere Wähler nicht hinter dem Ofen hervor. Modern an Kühnert war letztlich nur die digitale List, mit der er die älteren Mitglieder bei der aufwendigen Vorsitzendenwahl 2019 auszutricksen verstand.

Für Grundsatzdebatten interessiert man sich in der SPD ohnehin nicht mehr. Es gibt keinen Bedarf danach. Das war selten so. Früher hatte die Partei noch einen hochtrabenden Selbststolz entwickelt, ihre internen Grundsatzdebatten zu aufopferungsvollen Repräsentativdiskursen für unsere Gesellschaft hochzujubeln und dafür auch das Negativimage der ewigen Zerstrittenheit in Kauf zu nehmen.

**DER SPD MANGELT ES** an einem Narrativ für das 21. Jahrhundert. Auf die Kanzlerrede von der „Zeitenwende“ 2022 hätte eine Erzählung für die Zukunft folgen müssen – mit der Ausbuchstabierung der Zeitenwende auch auf anderen politischen Feldern. Die vollmundige Ankündigung geriet aber nur zur schmallippigen Floskel für Mehrausgaben bei der miserabel ausgestatteten Bundeswehr. Damit ließ die SPD den Möglichkeitskorridor ab dem Februar 2022 ungenutzt, wo sie den Bürgerinnen und Bürgern aufgrund der bedrohlich sich zuspitzenden Lage in Europa mehr Belastungen hätte zumuten können.

Eine Gestaltungsbreite des Signals von der „Zeitenwende“ hätte jedoch vorausgesetzt, dass



# Ein schönes Wochenende liegt vor Ihnen.

Das Tagesspiegel-Wochenend-Angebot wird Sie begeistern. Mit unserer neuen umfangreichen Wochenendausgabe haben Sie jede Menge Lesestoff.

**Testen Sie jetzt gratis den Tagesspiegel!  
Gedruckt, digital oder beides.**



Ihr Gutscheincode: **CICERO**  
(030) 290 21-500  
[tagesspiegel.de/cicero](https://tagesspiegel.de/cicero)



sich die Partei darüber im Klaren wäre, wofür sie noch steht. Eher scheint sie ihre einst Erfolg versprechenden Markenzeichen verspielt zu haben, was sich im Besonderen für die Bereiche Soziales und Frieden zeigen ließe.

Im Sozialbereich hatte Scholz noch 2021 mit dem Generalversprechen „Bezahlbares Wohnen“ plakatiert und reüssiert. Sollte dieses durch die Politik nicht mehr garantiert werden können, „gerät die Demokratie in Gefahr“, hatte Hans-Jochen Vogel, der frühere SPD-Vorsitzende und Wohnungsbauminister, bei seiner Partei noch kurz vor seinem Tod (2020) die Alarmglocken läuten lassen.

Durch den deutlichen Anstieg der Mietpreise bei gleichzeitig stockender Neubauentwicklung hat sich das Thema Wohnen zum großen sozialen Drama ausgeweitet, zum Beispiel, wenn eine Durchschnittsfamilie für eine Dreizimmerwohnung in der Mitte von Berlin 1600 Euro Miete bezahlen muss. 400 000 neue Wohnungen hat die sozialdemokratische Wohnungsbauministerin Klara Geywitz versprochen, noch nicht einmal 120 000 werden voraussichtlich zu schaffen sein. Hier droht der SPD für 2025 ein weiteres Wahldesaster.

Auch beim Reizthema Bürgergeld ist derzeit nichts anderes zu erwarten. „Nie wieder darf eine sozialdemokratische Partei den Wert der Arbeit infrage stellen“, nahm Parteichef Sigmar Gabriel in seiner viel umjubelten Rede auf dem Parteitag 2011 Abstand von Schröders Arbeitsmarktreform. Genau dies ist aber inzwischen eingetreten. Die Partei setze zu sehr auf die Empfänger von Sozialleistungen und zu wenig auf die erwerbstätige Bevölkerung, stellte Renate Köcher vom Allensbach-Institut jüngst fest. Wenn Sozialleistungen deutlich mehr anstiegen als die Nettolöhne, fühlten sich die

Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit niedrigen Löhnen benachteiligt. Die SPD sträubt sich gegen schärfere Vorgaben: den schnelleren Zugriff auf Rücklagen der Leistungsbezieher, längere zumutbare Pendelzeiten zum angebotenen Arbeitsplatz und strengere Sanktionen bei fehlender Mitwirkung von Langzeitarbeitslosen. Das neuerliche Unbehagen in der SPD-Wählerschaft richtet sich an ein Bürgergeld, das an ein bedingungsloses Grundeinkommen erinnert.

**MIT DEM VERSPRECHEN MINDESTLOHN** konnte Olaf Scholz noch 2021 punkten. Doch damit dürfte er inzwischen die entlaufenen Arbeitermassen nicht zurückerobert können. Die zuständige Kommission hat den Mindestlohn nicht so angehoben, dass er eine inflationsausgleichende Wirkung entfalten konnte. Stattdessen schuf die geringe Anpassung nur weiteren Verdruss.

Beim hochbrisanten Thema Migration ist die Partei seit dem Solinger Messerattentat in eine schier aussichtslose Defensive geraten. Mit der Parole „Wir müssen im großen Stil abschieben“ glaubte Olaf Scholz noch vor einem Jahr, Wählerstimmen für die SPD einheimen zu können. Dies hat sich als traurige Ente erwiesen. Auch die sporadischen Grenzkontrollen von Innenministerin Nancy Faeser als Soforthilfeprogramm scheinen bislang weder vor Ort an den Grenzen noch in der Wählergunst verfangen zu haben. Zudem ist mit einer thematischen Rechtsverschiebung keine Rückkehr von abtrünnigen Wählern zu erwarten. „Das Blinken nach rechts generiert keinen Wählerzuspruch“, unterstreicht Parteienforscher Uwe Jun. CDU und AfD teilen sich derzeit den einstigen SPD-Status einer Arbeiterpartei.

Die Partei Willy Brandts hat den Anschluss an die wichtigsten Diskurse des frühen 21. Jahrhunderts verpasst. Auch und gerade bei ihrem früheren Spezialthema Frieden. Und dies ausgerechnet in den finsternen Zeiten eines heraufziehenden Systemkriegs zwischen immer aggressiver werdenden Diktaturen und den in die Defensive geratenen westlichen Demokratien. Die SPD hat dazu keine klare Position, möchte Partei und Vermittlerin gleichzeitig sein. Denn die einstige Friedenspartei erweckt nicht den Eindruck, uneingeschränkt hinter denen zu stehen, die händeringend für ihre (und unsere) Freiheit kämpfen. Momentan ist nur schwer zu bestimmen, wer in der Partei den außenpolitischen Takt vorgibt: Fraktionschef Rolf Mützenich mit seinem windigen Waffenstillstandsbegehren oder Verteidigungsminister Boris Pistorius mit seiner ernsten

## **Der SPD mangelt es an einem Narrativ für das 21. Jahrhundert**



**Achtung!**  
Einsturzgefahr!

**NEUE ILLU MIT  
BESCHNITZUGABE  
KOMMT MI FRÜH**



und altpazifistisch bekämpften Mahnung zur „Kriegstüchtigkeit“.

Mit dem Bekenntnis des Vorstands zur Stationierung amerikanischer Raketen wollte Co-Parteichef Klingbeil nunmehr einer quälenden Debatte einen Riegel vorschieben, um einer Demontage seines Kanzlers zuvorzukommen – wie es weiland Helmut Schmidt in der Nachrüstungsdebatte über sich ergehen lassen musste. Aber so leicht werden sich die friedensbewegten Mützenich, Stegner & Co. nicht unterkriegen lassen.

Dies ist umso bedauerlicher, als Lars Klingbeil 2022 den für SPD-Verhältnisse mutigen Versuch unternommen hatte, die Außenpolitik nach Beginn der russischen Aggression neu zu bestimmen. Schwerwiegende Fehler in der zurückliegenden Russlandpolitik wurden eingestanden, neue Führungsansprüche und Verantwortungspflichten für Deutschland formuliert. Doch die dogmatischen Protagonisten der alten Appeasementpolitik gaben sich trotz Putins täglichen Gräueln nicht so leicht geschlagen, ignorierten weitgehend das wichtige Umkehrpapier ihres Vorsitzenden und schassten mit Jubelapplaus Ukraine-Unterstützer Michael Roth aus dem Bundesvorstand.

Danach mischten Kevin Kühnerts schlecht beratene Wahlkampfmanager zur Europawahl aus Brandts Ostverträgen, Schröders Nichtbeteiligung am Irakkrieg und Scholzens Nein zur Lieferung der Taurus-Raketen einen undefinierbaren Friedensbrei zusammen, um ihren zögerlichen Regenten gleichsam zum Weltkriegsverhinderungskanzler zu stilisieren. Nunmehr sind Mützenichs „Peaceniks“ offenbar unterwegs, um Parlamentsdebatten, Sonderparteitage oder Mitgliederbefragungen anzuberaumen, die die Stationierung von US-Raketen verhindern sollen.

Noch scheint aber für die 161-jährige Traditionspartei nicht alles verloren zu sein. Im europäischen Vergleich stehe sie längst nicht so schlecht da: „Die SPD ist durchaus eine Partei, die Resilienzen aufweisen könnte. Und als Partei, die eine gewisse gesellschaftliche Verwurzelung hat, dem einiges entgegensetzen könnte“, konstatiert Uwe Jun. In Situationen der Schwäche und Bedrohung habe noch immer das treibende Motiv „Wir haken unter“ gezählt.

„Die SPD muss sich nicht verstecken“ lautet die Aufmunterungssparole bei wohlwollender Beurteilung der kritischen Gesamtsituation. Bei so viel Volatilität und Fluidität auf dem politischen Wählermarkt, vor allem im Osten, sind Veränderungen in großen Skalen möglich – auch sehr kurzfristig, wie die Bundestagswahl 2021 bewiesen

## Im europäischen Vergleich steht die SPD noch ganz gut da

hat. Damals war es noch möglich, einen großen Sprung in der Wählergunst hinzulegen, weil die Partei immer noch über ein nicht unbeträchtliches Potenzial verfügte. „Bei der SPD ist die Volatilität, das Wechselwahlverhalten ganz stark ausgeprägt“ (Aiko Wagner).

**DIE PARTEI MUSS ABER** – historisch einmalig – mit einem Kanzler-Malus in die nächste Wahl gehen. Nach seiner Rede von der „Zeitenwende“ kletterte die Zufriedenheit mit seiner Arbeit auf eine merkelsche Marke von 73 Prozent. Inzwischen jedoch bewerten mehr als 60 Prozent die Arbeit des vierten SPD-Kanzlers als „schlecht“. Doch die Partei hofft noch immer auf einen Sieg in einem volatilen Fotofinish im September 2025. Dabei setzt sie auf eine Antifa-gemäße Kampagne „gegen rechts“, ihr fragwürdiges Friedensverständnis und auf die mangelnde Attraktivität des Herausforderers Friedrich Merz, um sich als die Wahl des kleineren Übels durchsetzen zu können.

„Ich bin verliebt ins Gelingen“ – diese triefende Selbstgewissheit von „Bruder Johannes“ Rau wurde einst gern belächelt. Doch heute in einer glücklosen Zeit versagender Institutionen, von administrativem Murks und lärmendem Regierungsgeschäft lässt sich in etwa erahnen, was der erfolgreiche SPD-Landesfürst damit gemeint haben könnte.



**NORBERT SEITZ**  
ist Soziologe,  
Hochschullehrer  
und Sachbuchautor.